

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Karlheinz Busen, Frank Sitta, Dr. Gero Clemens Hocker, Carina Konrad, Nicole Bauer, Dr. Christoph Hoffmann, Grigorios Aggelidis, Renata Alt, Christine Aschenberg-Dugnus, Jens Beeck, Dr. Marco Buschmann, Dr. Marcus Faber, Daniel Föst, Otto Fricke, Thomas Hacker, Reginald Hanke, Peter Heidt, Markus Herbrand, Reinhard Houben, Ulla Ihnen, Gyde Jensen, Pascal Kober, Konstantin Kuhle, Michael Georg Link, Alexander Müller, Dr. Martin Neumann, Christian Sauter, Dr. Wieland Schinnenburg, Matthias Seestern-Pauly, Dr. Hermann Otto Solms, Bettina Stark-Watzinger, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Benjamin Strasser, Katja Suding, Stephan Thomae, Manfred Todtenhausen, Gerald Ullrich, Sandra Weeser, Nicole Westig und der Fraktion der FDP

Exponentielle Verbreitung der Wolfspopulation in Deutschland

Eine wissenschaftliche Studie zur genetischen Vielfalt deutscher Wolfsrudel bestätigt, was die Zahlen des DBBW schon im November 2020 deutlich zeigen: Die Wolfspopulation in Deutschland wächst rasant, von weiterer schneller Ausbreitung ist auszugehen (<https://www.nature.com/articles/s41437-021-00429-6.pdf>, Wölfe in Deutschland – Statusbericht 2019/2020, <https://www.dbb-wolf.de/mehr/literatur-download/statusberichte>). Um die schnelle Expansion unter Kontrolle zu bekommen und die Bevölkerung sowie heimische Tiere zu schützen, ist nach Ansicht der Fragesteller eine gezielte Entnahme von Wölfen dringend notwendig. So hat nach neuesten Ergebnissen des NABU rund ein Drittel der Deutschen Angst davor, in Regionen mit Wolfsvorkommen in den Wald zu gehen (https://www.nabu.de/imperia/md/nabu/images/arten/tiere/saeugetiere/raubtiere/hundeartige/wolf/210430_forsa_woelfe_akzeptanz_nabu.pdf). Dennoch haben Wölfe in Deutschland nach der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH-Richtlinie) einen hohen Schutzstatus, den die Bundesregierung laut ihrer Antwort zu den Fragen 2 bis 2c auf Bundestagsdrucksache 19/25695 mit der Sicherung der Artenvielfalt rechtfertigt. Eine Änderung der FFH-Richtlinie lehnt die EU-Kommission laut Bundesregierung nach Bundestagsdrucksache 19/20808 zwar ab, weist aber auf einen flexiblen Rechtsrahmen hin, der einen adäquaten Umgang mit dem Wolf ermögliche.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie beurteilt die Bundesregierung den strengen Schutzstatus des Wolfes in Deutschland mit Blick auf die wachsende Zahl der Wolfsterritorien?
 - a) Hat die in den vergangenen Jahren rasant gestiegene Zahl der Wolfsrudel, Wolfspaare und Einzelwölfe in Deutschland eine Auswirkung auf die Bewertung des günstigen Erhaltungszustandes von Wölfen in Deutschland, und wenn ja, welche?
 - b) Führen neuere wissenschaftliche Berichte im „Nature“-Magazin (<https://www.nature.com/articles/s41437-021-00429-6.pdf>) zur Neubewertung des Erhaltungszustandes der Wolfspopulation in Deutschland?
 - c) Hält die Bundesregierung den Zielkonflikt zwischen der Verbesserung des Erhaltungszustands der Wolfspopulation und dem Schutz landwirtschaftlicher Nutztiere in Weidehaltung ohne jagdliche Instrumente auf Dauer für lösbar?
2. Hält die Bundesregierung die etwa vom Land Niedersachsen empfohlene Zaunhöhe von 1,20 Metern zum Schutz von Weidetieren (<https://www.agrarheute.com/tier/weidezaun-gegen-wolf-sollten-weidetierhalter-beachten-530427>) für plausibel?
 - a) Können Wölfe nach Kenntnis der Bundesregierung nur 1,20 Meter überspringen?
 - b) Sind Wölfe, die mehr als einmal nachgewiesenermaßen Zäune von 1,20 Metern Höhe übersprungen haben, nach Auffassung der Bundesregierung als „Problemwölfe“ zu klassifizieren?
 - c) Hält die Bundesregierung an ihrer Haltung fest, Wölfe entnehmen zu können, die Weidezäune überwunden haben (Bundestagsdrucksache 19/6937, Antwort zu Frage 10)?
3. Hält die Bundesregierung einen Abschuss von Wölfen europarechtlich für zulässig, um den Deich- und Küstenschutz in einzelnen Regionen sicherzustellen?
 - a) Ist der Deich- und Küstenschutz nach Auffassung der Bundesregierung gegenüber dem Schutz von Wölfen als höherwertig anzusehen?
 - b) Hält die Bundesregierung die Gefahr, die von Herdenschutzhunden für Spaziergänger und deren ausgeführten Hunde in touristisch stark beanspruchten Gebieten (etwa den Küstenregionen) ausgeht, für zumutbar?
4. Welche Tier- und Pflanzenarten sowie Biotoptypen drohen nach Kenntnis der Bundesregierung verloren zu gehen, wenn es Wölfe, die eine besondere Stellung im Ökosystem einnehmen und integraler Bestandteil des Ökosystems seien (Bundestagsdrucksache 19/16069, Antwort zu den Fragen 8 ff.), in Deutschland nicht mehr in der Natur geben würde?
5. Welche Tier- und Pflanzenarten sowie Biotoptypen profitieren von einer unkontrollierten Ausbreitung des Wolfsbestandes in Deutschland?

6. Setzt sich die Bundesregierung aktiv für ein europäisches Wolfsmanagement ein?
 - a) Ist die Voraussetzung einer gemeinsamen Monitoring-Methode, die laut Antwort der Bundesregierung zu Frage 7 auf Bundestagsdrucksache 19/9541 vor über zwei Jahren zur gemeinsamen Bewertung des Erhaltungszustands mit Polen notwendig wäre, inzwischen erfüllt?
 - b) Wenn ja, mit welchen weiteren Ländern kooperiert die Bundesregierung bezüglich des Wolfsmonitorings auf diese Weise?
 - c) Wenn nein, welche Ursachen liegen für das Scheitern eines gemeinsamen Wolfmonitorings vor?
7. In welchem Zeitraum, nachdem ein „Problemwolf“ als solcher identifiziert wurde, wurde der Abschuss dieses Wolfes nach Kenntnissen der Bundesregierung in der Vergangenheit vollzogen?

Berlin, den 19. Mai 2021

Christian Lindner und Fraktion

